laubtheit schlechthin. Die Verkehrtheit des Beweggrundes, für sich allein genommen, schließt nur einen Fehler gegen das große sociale Gesetz der Liebe ein; Abwesenheit der Competenz zur Kriegsführung und eines gerechten sowie hinreichend wichtigen Grundes besagt außerdem Verletzung der Gerechtigkeit und verpflichtet zur Restitution (vgl. c. 29, X 2, 24). Zu beachten ist, daß auch gegen den eigenen Staat seitens der Staatsgewalt die Gerechtigkeit verletzt werden kann, wenn nämlich die Ursache zu geringfügig oder der Ausgang des Krieges allzu zweifelhaft wäre. Für jeden Fall moralische Gewißheit eines glücklichen Ausgangs zu fordern, überschreitet das praktisch Mögliche. Im Falle einer bloßen Personalunion bleibt es dem Fürsten in der Regel gestattet, Krieg zu führen zum Nutzen des einen Staates; der unmittelbare Schaden für die anderen Staaten wird aufgewogen durch mannigfache anderweitige Vortheile, welche sich aus den engeren Beziehungen zwischen mehreren unter einem Haupte vereinigten Staaten, aus der größern Macht des gemeinsamen Fürsten, aus dem Princip gegenseitiger Hilfeleistung in Schutz und Trutz ergeben. Die Moralisten werfen die Frage auf, welche Gewißheit rücksichtlich der Gerechtigkeit ihrer Sache die am Kriege Theilnehmen haben müssen. Auf diese Frage ist zu antworten: praktische Gewißheit der Erlaubtheit, den Krieg im gegebenen Falle zu eröffnen, bezw. an demselben theilzunehmen, ist für alle Theilnehmen erforderlich. Rüksichtlich der speculativen Gewißheit gelten folgende Grundsätze: 1) Alle, welche bei der Entscheidung über Krieg und Frieden sich betheiligen, müssen die Streitfrage sorgfältig untersuchen. Handelt es sich um Bestrafung einer Injurie, so muß das Delict des Gegners mit Gewißheit erwiesen sein. Ist Wiedergewinnung einer mit Unrecht vorenthaltenen Sache oder eines Rechtes Grund des Krieges, dann genügt nach der Ansicht mancher Auctoren größere Wahrscheinlichkeit. Bei gleicher Wahrscheinlichkeit des Rechtes für beide Theile entscheidet der thatsächliche Besitz. Besitzt keine der beiden Parteien, bei gleicher Wahrscheinlichkeit des Rechtes, so wird man entweder mit einer ziemlich verbreiteten Ansicht die Prävention in der Bestiznahme entscheiden lassen, oder besser mit Suarez Theilung, Verloosung, Vergleich fordern. 2) Die einfachen Combattanten, sofern sie gesetzlich zum Kriegsdienste berufen worden sind oder in dauerndem Soldverhältnisse zum kriegführenden Staate stehen, sind ohne besondere Veranlassung nicht zu einer eigentlichen Untersuchung der Gerechtigkeit des Krieges verpflichtet. So lange die Ungerechtigkeit nicht gewiß wird, können sie die Gerechtigkeit der Sache voraussetzen (c. 4, C. XXIII, q. 1).

c. Der Krieg muß in einer den Forderungen der Gerechtigkeit und Humanität entsprechenden Weise geführt werden. a. Kriegseröffnung. Wenn auch das Naturrecht größere Freiheiten gestatten sollte, so ist es doch unzweifelhaft eine durch Völl-

kerrecht eingeführte Praxis, daß der Offensivkrieg nicht ohne Kriegserklärung eröffnet werde (*Justum est bellum, quod ex edicto [praedicto] geritur*, c. 1, C. XXIII, q. 2). Schon die Römer forderten feierliche Kriegsandrohung und darauffolgende Kriegserklärung; das entgegengesetzte Verfahren wird in den Quellen als ein *latrocinium* und *impraedatio* bezeichnet (vgl. L. 118 Dig. 50, 16) über das Verfahren der Römer in seinen Formaltäten vgl. Liv. 1, 32). Im Mittelalter fand die feierliche „Absage“ durch Herolde statt (siehe in der 1657 erfolgten Kriegserklärung Dänemarks an Schweden; vgl. Martens, Précis du droit des gens modernes § 267, note c.). Heutzutage sind keine bestimmten Formlichkeiten als notwendig erachtet. Außer dem Abbruch der diplomatischen Verhandlungen durch Abberufung der Gesandten wird in der Regel noch ein eigentliches Kriegsmanifest erlassen; nicht selten erfolgt die Kriegserklärung bedingt, in Form eines Ultimatum. In neuerer Zeit wurde sogar die Kriegserklärung bloßig unterlassen; die Diplomatie war dann niemals verlegen, für ein solches völkerrechtswidriges Vorgehen einen beschönigenden Ausdruck zu finden. Den Angriff Nelsons auf Kopenhagen am 2. April 1801 nannte man z. B. eine „Präventiv-Affaire“, die Seeschlacht bei Navarin am 20. October 1827 an untoward event u. s. w. (vgl. Ersch und Gruber, Encyclopädie der Wissenschaften und Künste 2. Sect., XXXIX, 382).

β. Die Kriegsführung. Martens hat in dem Kriege „einen permanenten Zustand unberechenbarer Gewaltthätigkeiten zwischen den Nationen“ (Martens, Précis l. 8, ch. 3, § 267). Diese Auffassung wurde bereits oben als widersprüchlich und unchristlich abgewiesen. An diese Stelle sind nur noch einzelne specielle Punkte anzutragen. 1) Fides quando promittitur, cum hosti servanda est (c. 3, C. XXIII, q. 2). Kriegslüge ist erlaubt, Treubruch sündlich verwerflich. Die Verträge, z. B. Capitulationen, Waffenstillstände u. s. w., müssen gehalten, über nachträglich eintretende Unmöglichkeit der Erfüllung ist der andere Theil zunächst benachrichtigt worden. Während Grotius (l. c. l. 3, cap. 19) meinte, daß mit dem Feind abgeschlossene Verträge gehalten seien, unterscheidet Pufendorf (*De jure naturae et gentium* l. 8, cap. 7, § 2) *pacis pacta, quae ad pacem tendunt, non possunt quae statum belli relinquunt*. Letztere u. a. Waffenstillstände, freies Geleit) seien nur *conventiones cultiorum gentium consuetudinariae*, die nicht *juro naturae* zu erfüllen, da ein Vertrag zwischen Feinden eigentlich undenkbar ist. Abjuridität einer solchen Auffassung, welche die der Rechtskraft der *pacta, quae ad pacem tendunt*, den Boden entzieht, liegt auf der Hand. 2) Nur gegen Personen des feindlichen Standes gilt das eigentliche Kriegsvölkerrecht mit Tod. Völlig Unschuldige, die weder als Feindgreifer noch als Vertheidiger Widerstand leisten